

Fachtagung „Monetarisierung im bürgerschaftlichen Engagement:

Wieviel Geld verträgt das Ehrenamt?“

15. September 2015, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Fachtagung der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), veranstaltet im Rahmen der bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2015.

Einführung

Mit der Fachtagung „Monetarisierung im bürgerschaftlichen Engagement“ haben die Veranstalter – die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) – ein „heißes Eisen“ in der aktuellen engagementpolitischen Diskussion angepackt. Kaum ein Thema bewegt die Gemüter so sehr wie die Frage nach Geld, Bezahlung und Entlohnung im Ehrenamt. Daher war es auch keine Überraschung, dass die Tagung auf eine große Resonanz gestoßen ist. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Ministerien, Kommunen, Verbänden (Feuerwehr, Landesmusikrat, Sport, Wohlfahrtsverbände, Karneval, etc.), aus Freiwilligenagenturen, Vereinen und Initiativen, aber auch aus Stiftungen und der Wissenschaft sind unserer Einladung gefolgt. Bereits im Vorfeld gab es viele an uns gerichtete Fragen, auch einige erhitze Reaktionen und es wurde deutlich, dass es dringenden Klärungsbedarf gibt. Es war damit höchste Zeit für eine öffentliche Debatte und Verständigung zu diesem durchaus schwierigen und komplexen Thema: Welche Rolle spielt das Geld im ehrenamtlichen, freiwilligen Engagement? Welche Herausforderungen und Probleme verbinden sich damit? Wohin soll sich die Engagementförderung künftig entwickeln?

Monetarisierung – was ist damit gemeint? Einige Klärungen vorab

Auch im bürgerschaftlichen Engagement spielt Geld eine wichtige Rolle. Es braucht neben Anerkennung, Beratung, Begleitung, Qualifizierung natürlich auch finanzielle Unterstützung zur Absicherung von Angeboten und zur Umsetzung von Projekten und Vorhaben. Diese Facetten von Geld sind in der Debatte um die Monetarisierung ausdrücklich nicht gemeint. Wenn immer möglich sollten Engagierte selbstverständlich auch ihre Auslagen für Porto, Telefon, Fahrtkosten etc. erstattet bekommen.

Auch um diese Formen von Auslagenersatz geht es nicht. Im Gegenteil: Engagement muss man sich leisten können und Engagierte sollten nicht zusätzlich zu ihrem freiwilligen Tun Geld mitbringen müssen. Allerdings ist auch nicht zu verkennen, dass sehr viele Engagierte dies sehr wohl tun und viele Organisationen hätten sicherlich große Probleme, wenn sie alle Aufwendungen erstatten würden.

In der Debatte um Monetarisierung geht es um Geldzahlungen an Engagierte, die deutlich über den Ausgleich von Auslagen hinausgehen und als Formen monetärer Anerkennung oder aber auch als Anreiz für ein Engagement zunehmend Gebrauch finden.

Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, gemeinnützig – und unentgeltlich. Mit diesen Attributen hat die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages in ihrem Abschlussbericht im Jahr 2002 zentrale Kriterien ehrenamtlichen Engagements gekennzeichnet. Seit längerer Zeit aber spielen Geld und Entlohnung eine zunehmend größere Rolle in diesem Feld. Die Ausweitung von Steuerpauschalen, die Zahlung von Stundensätzen für Ehrenamtliche deutlich über dem Mindestlohn, die Kombination von Minijobs und Ehrenamtspauschale in sozialen Diensten und Einrichtungen, pauschale Aufwandszahlungen für Vereinsvorstände oder auch die Diskussion über Rentenpunkte für das Ehrenamt sind Anzeichen dafür, dass monetäre Anreize als Steuerungsinstrumente inzwischen keine Ausnahme, sondern häufig Regel und Alltag in gemeinnützigen Einrichtungen sind.

Die Gründe und Intentionen hierfür sind vielfältig. Sie reichen von Anreiz und Motivation für freiwilliges Tun bis hin zu Verdienstmöglichkeiten von Engagierten in prekären Lebensverhältnissen. Damit verbunden aber sind eine Reihe von Auswirkungen, mit denen sowohl staatliche und kommunale Institutionen wie die Zivilgesellschaft selbst konfrontiert sind. Wachsende Ungleichheit im Engagement, Veränderungen in Motivationslagen und ein sich wandelndes Selbstverständnis des Engagements sind Begleiterscheinungen, die für die Weiterentwicklung der Engagementpolitik durchaus problematisch sind.

Unter der Überschrift „Monetarisierung im bürgerschaftlichen Engagement“ werden diese Entwicklungen bundesweit kritisch diskutiert. Während auf der einen Seite die Befürworter des „Reinheitsgebots“ Geld und Entlohnung mit Verweis auf den drohenden Verlust des Eigensinns des Engagements strikt ablehnen, argumentieren auf der anderen Seite Verfechter dafür, durch monetäre Anreize neue Arrangements und Formen ehrenamtlichen Tuns, Übergänge und Gestaltungsmöglichkeiten in gesellschaftlich drängenden Handlungsfeldern zu etablieren. Dennoch sind in dieser Debatte klare und eindeutige Positionierungen bislang die Ausnahme.

Anliegen und Ziel der Veranstaltung

Auf vielfachen Wunsch rheinland-pfälzischer Verbände und Vereine wollten wir mit der Fachtagung das Thema „Monetarisierung“ aufgreifen und eine öffentliche Debatte zu den Erscheinungsformen und Auswirkungen der Monetarisierung führen. Dabei ging es uns zunächst um mehr Transparenz über die verschiedenen Erscheinungsformen und ihre Auswirkungen auf das bürgerschaftliche Engagement. Ein differenzierter, klarer Blick auf die aktuellen Entwicklungen ermöglicht die Sortierung und Abwägung von Argumenten pro und kontra. Hierzu gehört auch die Sensibilisierung für nicht

immer intendierte Begleiterscheinungen und Folgewirkungen von Bezahlung. Auf Basis dieses Diskurses war es schließlich auch Anliegen, uns über die Rolle von Geld in der Engagementförderung und sinnvolle „Leitplanken“ künftiger Engagementpolitik zu verständigen.

Die Veranstaltung fand statt auf Initiative von Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die dieser wichtigen Frage erstmals auf Landesebene Raum geben und eine öffentliche Verständigung anstoßen wollte.

Für das BBE steht die Debatte um eine Monetarisierung des Engagements seit seinem Bestehen immer wieder auf der Tagesordnung. In der Rückschau auf die Diskussionen im Zuge der Tagung zeigt sich für das Bundesnetzwerk erneut, dass für gewöhnlich drängende gesellschaftliche Herausforderungen dafür ursächlich sind, dass wir uns mit einer zunehmenden Bezahlung des Engagements konfrontiert sehen – mit all ihren kritischen Effekten. Diese Herausforderungen gilt es zukünftig noch stärker mit in den Blick zu nehmen, wenn Folgen einer Monetarisierung in der Diskussion stehen und nach Lösungen gesucht wird. Angesichts der verschiedenen Entwicklungslinien, Formen und Facetten von Monetarisierung im Engagement ist der Ruf nach einer strategischen Lösung, die darauf hinwirkt, den Eigensinn des Engagements zu erhalten, umso schwieriger zu beantworten.

In diesem Sinne bildet die Veranstaltung den Auftakt zu einer weiteren Auseinandersetzung, die sowohl an der bisherigen gesellschaftlichen Debatte über die Frage nach Chancen und Grenzen finanzieller Unterstützung ansetzt als auch neue, wichtige Bezüge herstellt, die vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und neuer politischer Handlungsbedarfe dringend bearbeitet werden müssen. Hier können bestehende Diskurse des Netzwerkes für die Fortentwicklung der Debatte um Monetarisierung und eine gemeinsame Erarbeitung von Lösungsansätzen fruchtbar gemacht werden, beispielsweise in den Themenfeldern Erwerbsarbeit und Engagement, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, Armut und soziale Gerechtigkeit, Engagement von und für geflüchtete Menschen oder Kulturelle Vielfalt.

Offene Fragen und Herausforderungen, an die eine bundesweite und sektorenübergreifende Debatte anknüpfen könnte, behandeln beispielsweise die Entwicklung von Mischformen, bei denen 450-Euro Jobs und Aufwandsentschädigungen für ein Ehrenamt kombiniert werden. Hier sind klare Positionen, Definitionen und gesetzliche Regelungen nötig. Engagement darf nicht sozialversicherungspflichtige Arbeit ersetzen und für den Aufbau eines neuen Niedriglohnssektors erhalten. Gleichwohl wurde der Bedarf an neuen Formen gesellschaftlicher Arbeit thematisiert, die auch entlohnt werden müssen. Darüber hinaus wurde – wichtig auch für die bundesweite Debatte – das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit angesprochen, beispielsweise im Zusammenhang mit einem Engagement als Ersatz für Erwerbsarbeit, beispielsweise im strukturschwachen ländlichen Raum.

Ein positives Ergebnis der Fachtagung ist, dass verschiedene Erscheinungsformen von Monetarisierung und ihre Auswirkungen auf das bürgerschaftliche Engagement sichtbar gemacht und der Ansatz verfolgt werden konnte, gemeinsam mit allen Teilnehmenden für einen besonnenen Umgang mit Geld in dem Bereich einzutreten. Hier bedarf es der gemeinsamen Auseinandersetzung und der Erarbeitung klarerer Positionen. Dies gilt umso mehr, da sich Entwicklungslinien und Ausprägungen in den verschiedenen Politikfeldern recht unterschiedlich darstellen. Das Thema wird insofern die poli-

tische fachöffentliche Diskussion sowohl auf der Bundesebene als auch auf der Ebene der Länder und Kommunen nachhaltig beschäftigen.

Ein Dank an alle Beteiligten

Die erfolgreiche Planung und Durchführung der Tagung ist unseren Partnern und Mitwirkenden zu verdanken. Das BBE arbeitet bereits seit geraumer Zeit an diesen Fragestellungen und bietet mit seiner Expertise und seinen Diskussionsformaten beste Voraussetzungen für fachlichen Austausch und Diskurs, von der auch diese Tagung profitieren konnte. Mit Prof. Dr. Gisela Jakob von der Hochschule Darmstadt konnten wir eine ausgewiesene Expertin gewinnen, die mit ihrem Vortrag in die verschiedenen Facetten der Monetarisierung einführte und die damit verbundenen Auswirkungen beleuchtete. Wir konnten darüber hinaus eine Reihe wichtiger Personen aus unterschiedlichen Engagementbereichen in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus gewinnen, die sich an der Debatte beteiligt haben. Unser Dank gilt in besonderer Weise Willi Brase, MdB und Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages, Pfarrer Albrecht Bähr, Sprecher der Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz und Vorsitzender der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, Petra Regelin, Vizepräsidentin des Landessportbunds Rheinland-Pfalz, Burkhard Höhle vom Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz, Simon Eggert vom Zentrum für Qualität in der Pflege sowie Carsten Müller-Meine von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Rheinland-Pfalz. Sie alle haben sich der Diskussion gestellt, ihre Erfahrungen und ihre Expertise in die Debatte eingebracht. Danken wollen wir aber auch allen Gästen und TeilnehmerInnen der Tagung, die sich engagiert an der Diskussion beteiligt haben.

AutorInnen

Birger Hartnuß ist Referent in der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz.

Kontakt: birger.hartnuss@stk.rlp.de

Dr. Lilian Schwalb ist Leiterin des Bereichs Netzwerkbetreuung und -entwicklung des BBE.

Kontakt: lilian.schwalb@b-b-e.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de